

Ist die Migrationskrise schuld am Aufstieg der rechtspopulistischen AfD?

Prof. Dr. Frank Decker

Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Kolloquium „Migrationskrise und politische Aussichten in Frankreich,
Deutschland und Europa“

Maison Heinrich Heine

Paris, 15. Oktober 2018

Gründe für das Fehlen einer relevanten rechtspopulistischen Partei bis 2013 (I)

- Deutschland: ein „weißer Fleck“ auf der Karte des europäischen Rechtspopulismus
- trotz vergleichbarer sozioökonomischer und –kultureller Konfliktstrukturen
- zusätzliches regionalistisches (Ost-West)Cleavage
- nur sporadische Erfolge verschiedener rechtspopulistischer und -extremer Parteien auf der regionalen Ebene (Republikaner, DVU, NPD, Schill-Partei)

Erklärungen (I)

- fehlende thematische Gelegenheiten durch die „Nicht Politisierung“ der Zuwanderungsfrage
- geringere Konfliktintensität der Migrationspolitik im Vergleich zu Frankreich
- weil Deutschland sich nicht als Einwanderungsland versteht, werden kulturelle Anerkennungskonflikte unterdrückt bzw. eher diskret ausgetragen
- 1980er und 1990er Jahre verlorene Jahre der Integration
- gleichzeitig bessere sozialräumliche Voraussetzungen für gelingende Integration
- Einschränkung des Asylrechts 1992 im parteipolitischen Konsens

Erklärungen (II)

- organisatorisches Unvermögen
- parteipolitische Zersplitterung
- keine charismatische „Führer“figur (aber: AfD belegt, dass dieser Faktor überbewertet ist)
- restriktive politische Kultur: Stigmatisierung des Rechtsextremismus in gesellschaftlicher, politischer und rechtlicher Hinsicht wegen der nachwirkenden NS-Vergangenheit (Der Schatten Hitlers)
- Aber: Rechtsextremismus ist/bleibt in den 1990er in unterschiedlichen Erscheinungsformen virulent (Parteien, intellektuelle Neue Rechte, Gewalt/Terrorismus)
- diese Akteure wollen an rechtspopulistische Parteien andocken, die dadurch der Gefahr ausgesetzt sind, in den Rechtsextremismus abzugleiten

Erklärungen (III)

- „funktionale Äquivalente“ des Rechtspopulismus
- Kanalisierungs- oder Verstärkereffekt der rechtsextremen Erscheinungen?
- Integrationsfähigkeit der Unionsparteien nach rechts durch einen starken nationalen/konservativen Flügel und die Arbeitsteilung zwischen CDU und CSU
- PDS/Die Linke bindet Protestwähler im Osten
- Boulevardmedien (BILD-Zeitung)

Entstehung / Aufstieg der AfD

- Erklärungsfaktoren sind größtenteils entfallen
- Organisationsschwäche (zum Teil)
- Migrationsthema gelangt auf die politische Agenda
- Integrationsfähigkeit der Union am rechten Rand schwindet
- AfD ersetzt die Linke als Protestpartei im Osten
- Soziale Medien machen Unterstützung durch Boulevard-Medien entbehrlich

Wahlergebnisse der AfD

	Bundestags-	Europa-Landtagswahlen
2013	4,7	HE 4,1
2014		<i>BR 12,2 SN 9,7 TH 10,6</i>
2015		<i>HH 6,1 HB 5,5</i>
2016		<i>BW 15,1 RP 12,6 ST 24,3 MV 20,8 BE 14,2</i>
2017	12,6	<i>SL 6,2 SH 5,9 NW 7,4 NI 6,2</i>
2018		<i>BY HE</i>

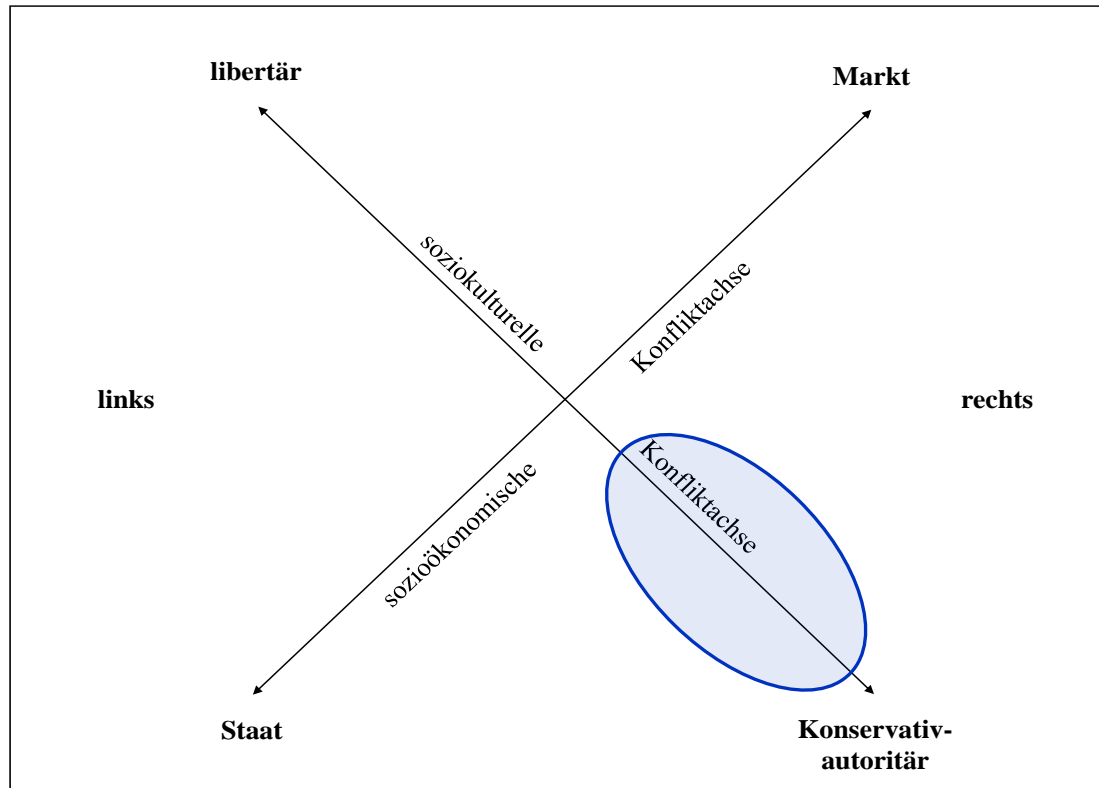
Entstehungsursachen der Alternative für Deutschland

- Partei wurde im April 2013 offiziell gegründet
- Eurokrise als Gelegenheitsfenster und Türöffner: Regierungshandeln von CDU/CSU und FDP
- Repräsentationslücke auch in gesellschaftspolitischen Fragen: Liberalisierung der Union öffnet Nische
- AfD zunächst eine konservativ-liberale, keine rechtspopulistische Partei
- Aber: Keim des Rechtspopulismus war in der Partei bereits angelegt

Zuordnung der AfD zum Rechtspopulismus

- Elitenkritik als überwölbende Klammer (Populismus)
- Verteilungskrise/Wirtschaftspolitik: marktliberale und/oder protektionistische Positionen?
- Eurokrise: Verteidigung nationaler Interessen/Wohlfahrtschauvinismus (Wettbewerbs-/ Besitzstandspopulismus)
- Gesellschaftspolitik: Begrenzung der Zuwanderung, homogene abendländische Nationalkultur, traditionelle Wertvorstellungen in der Geschlechter- und Familienpolitik, law and order
- Demokratiepolitik: Anti-Parteienstaat, mehr plebiszitäre Elemente

Räumliche Verortung



Historischer Ursprung und Entstehung

- Abspaltung, gesellschaftliche Bewegung, Zusammenschluss als mögliche Entstehungsformen
- Abspaltungstendenzen: Überläufer von Union und FDP aus der „zweiten Reihe“, Unzufriedenheit mit „Berliner Kreis“ (Gauland), pro-Euro-Votum der FDP im Mitgliederentscheid
- Vorläufer/Anknüpfungspunkte: Bund freier Bürger, Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, Kampagnennetzwerk Zivile Koalition (v. Storch)
- Sarrazin-Debatte: 2010 erschienenes Buch „Deutschland schafft sich ab“ zeigt, wie sehr es unter der Konsensdecke des faktischen Multikulturalismus in Deutschland brodelt
- Pegida-Bewegung als Verstärker (im Windschatten der AfD)
- Brücken zum Rechtsextremismus und zur Neuen Rechten

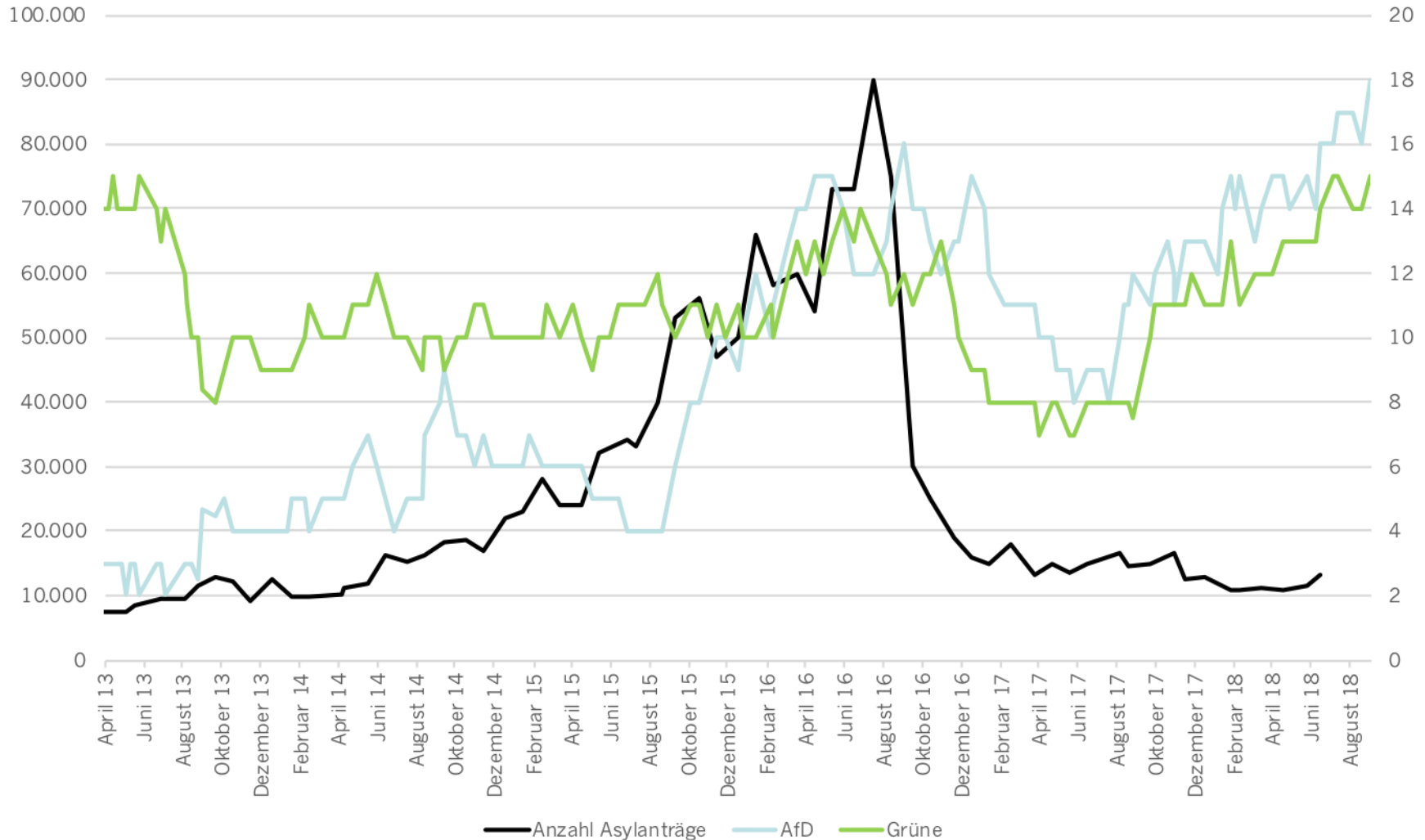
Entwicklung der Partei bis zur Migrationskrise

- Wegbrechen des Euro-Themas
- Diskrepanz zwischen offizieller Programmatik und Wählereinstellungen
- stärkere Wahlerfolge im Osten (LTW 2014, 2016)
- Eindringen rechtspopulistischer und -extremer Kräfte
- wenig integrativer Führungsstil Bernd Luckes
- Spaltung der AfD und Überführung ihres gemäßigten Teils in eine neue Partei 2015 (ALFA - LKR)

- Flüchtlingskrise als „Geschenk“ (Alexander Gauland)
- elektoraler Höhenflug bei den Landtagswahlen im Frühjahr und Herbst 2016
- Kontrollverlust / Überforderung der staatlichen Einrichtungen
- Silvesternacht in Köln 2015/2016 (Kriminalität/Sicherheit)
- islamistischer Terroranschlag in Berlin (Dezember 2016) und durch Flüchtlinge begangene Gewalttaten
- Bundestagswahl 2017: Stärkste Oppositionspartei mit 12,6 Prozent
- nachwirkendes Problem der Rückführungen/Abschiebungen
- keine europäische Konsenslösung im Umgang mit dem anhaltenden Migrationsdruck
- Probleme der wirtschaftlichen und kulturelle Integration
- wohlfahrtsstaatliche Verteilungskonflikte: flüchtlingsbezogene Ausgaben 2019 bis 2022 78 Mrd. €, davon 31 Mrd. für Fluchtursachenbekämpfung, 21 Mrd. für Sozialtransfers und 13 Mrd. für Sprachkurse

Migrationskrise als Katalysator

Asylanträge & Umfragewerte von AfD + Grünen



- fehlende charismatische Eigenschaften (Lucke, Petry)
- traditionelle Organisation als Mitgliederpartei (Anforderungen des Parteiengesetzes)
- demokratische Teilhabeansprüche der Basis: durch plebiszitäres Demokratieverständnis zusätzlich befördert
- mehrere Sprecher/Richtungsproporz: Organisationselemente der Grünen und Linken
- und: Brückenschlag zu Bewegungen (Pegida) und rechtsextremen Netzwerken
- Management der personellen und Richtungskonflikte als „Achillesferse“
- Demontage Petrys und zweite Abspaltung (Die Blauen)
- erodierende Abgrenzung zum Rechtsextremismus
- annäherndes Kräftegleichgewicht zwischen liberal-konservativem und rechtsnationalen Flügel
- erleichterte populistische Wähleransprache über soziale Medien

Struktur der Wähler- und Anhängerschaft

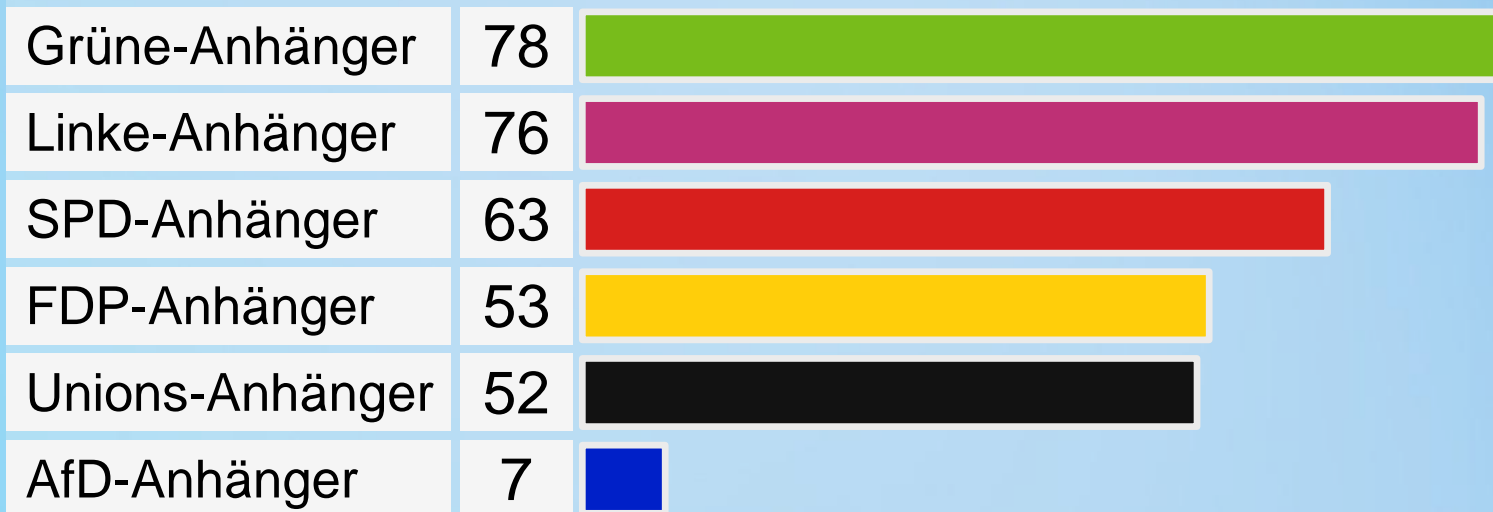
- Überhang mittlerer Altersgruppen und männlicher Wähler
- Großstädte: überdurchschnittliche Resultate in statusniedrigeren Stadtteilen
- BTW 2013: Zuwanderung als „Anti-Thema“ genauso wichtig wie Euro
- hoher Unzufriedenheitsgrad / Protestwahl
- autoritäre Dispositionen
- Wählerwanderung (Abflüsse von allen Parteien außer den Grünen)
- Mobilisierung von Nichtwählern (aber auch: „Gegenmobilisierung“)
- starke Polarisierung entlang des Flüchtlingsthemas
- Wählerpotenzial in Ostdeutschland etwa doppelt so groß wie in Westdeutschland

Einstellungsmerkmale (Infratest dimap-Panelbefragung)

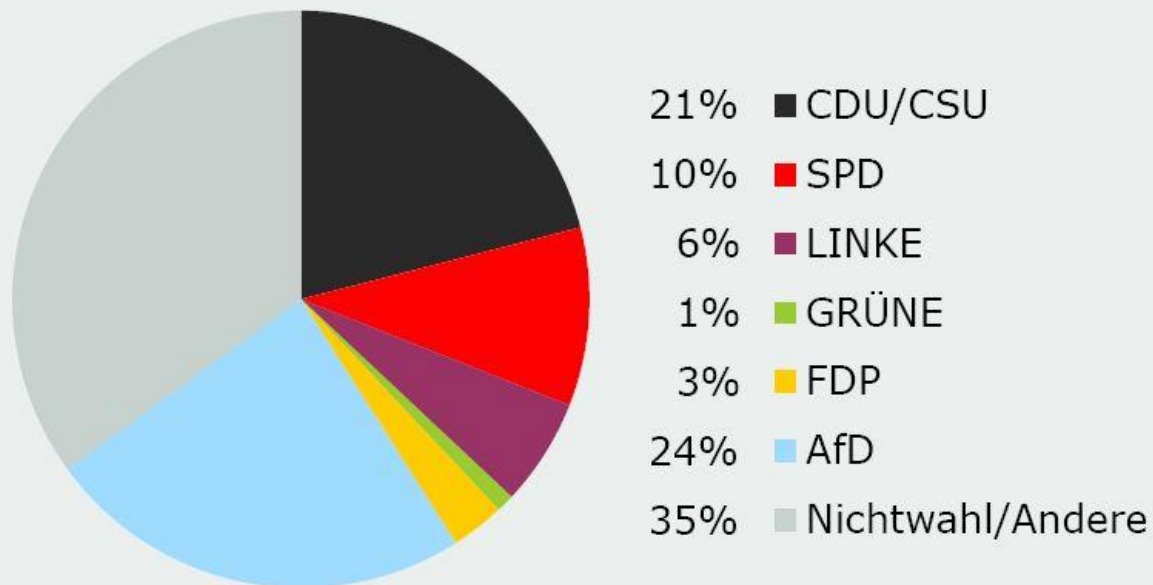
- Unzufriedenheit mit der Demokratie (AfD-Wähler 90 Prozent gegenüber 45 Prozent Linkspartei-Wähler)
- Vorsicht statt Vertrauen im Umgang mit Fremden (80 Prozent gegenüber 73 Prozent Union, 67 Prozent SPD)
- Nationalsozialismus hatte „auch gute Seiten“ (34 Prozent gegenüber 9 Prozent Union)
- „Deutschland braucht starken Führer“ (30 Prozent gegenüber 15 Prozent Union)
- „Ausländer sollten wieder in ihrer Heimatländer zurückgeschickt werden, wenn Arbeitsplätze knapp werden“ (53 Prozent gegenüber 18 Prozent Union)
- „Islam ist mit freiheitlich-demokratischer Grundordnung vereinbar“ (10 Prozent gegenüber 49 Prozent gesamt)

JAN. 16 DEUTSCHLANDTREND 15. Januar

„Wir schaffen das!“



Woher kommen die Wähler der AfD?
Von den Wählern der AfD heute, haben 2013 gewählt:



Forschungsgruppe Wahlen: Befragung am Wahltag, 24.09.2017

Kann sich die AfD dauerhaft etablieren?

- Zuwanderungsthema in Zukunft weiter tragfähig (wie in anderen Ländern)
- die Partei hätte auch ohne die Migrationskrise – auf geringerem Unterstützungsniveau – Bestand gehabt
- Negativfolgen der Globalisierung (Modernisierungsverlierer)
- Gewinnerformel des (west)europäischen Rechtspopulismus
- innere Entwicklung als Achillesferse (stärker als in anderen Ländern)
- Institutionalisierung / finanzielle und personelle Ressourcen
- verbesserte Angebotsbedingungen (soziale Medien)

Konflikte innerhalb der AfD

- Programmatik (wirtschaftsliberal – protektionistisch, nationalkonservativ – liberalkonservativ)
- Umgang mit rechtsextremen Tendenzen in den eigenen Reihen (Erosion der Abgrenzung nach rechtsaußen)
- personelle Rivalitäten / Machtkonflikte (durch Unprofessionalität und parteirechtliche Vorgaben programmiert)

Perspektiven II

Welche Folgen hätte es für das Parteiensystem, wenn sie sich etabliert?

- Rechtsverschiebung des politischen Spektrums
- mögliche Perpetuierung Großer Koalitionen / Selbstverstärkungseffekt (Österreich-Szenario)
- Anpassung / Polarisierung (Bsp. CSU)
- Verlagerung des Parteienwettbewerbs vom Zentrum an die Ränder (Bildung zentristischer und zugleich lagerübergreifender Koalitionen)

Gefahr für die Demokratie?

- Schließen der Repräsentationslücke / Korrektivfunktion (positiv)
- Polarisierung / wertebezogene Fragen wenig kompromissfähig
- Rechtspopulismus ist tendenziell antiliberal und antipluralistisch
- Prinzipien wie Dialogbereitschaft und Kompromissfähigkeit, die für den demokratischen Prozess konstitutiv sind, werden von den Populisten missachtet
- anmaßender Vertretungsanspruch des „wahren Volkswillens“
- Potenzial in Deutschland geringer als in anderen europäischen/westlichen Ländern einschließlich Frankreichs
- Einbindungsstrategie in Deutschland wegen der Nähe der AfD zum Rechtsextremismus nicht gangbar
- Umbau der politischen Systeme nach eigenen Demokratievorstellungen, wo Rechtspopulisten an die Regierung gelangen (Italien, Ungarn, Polen)

Strategien der Auseinandersetzung I: Politische Argumentation/Wähleransprache

- Isolation, Imitation/Anpassung, Tolerierung/Kooperation
- alle Strategien sind gescheitert
- was Erfolg verspricht, ist in hohem Maße kontextabhängig und kann deshalb immer nur situationsbezogen entschieden werden
- Isolation/Dämonisierung bestätigt die Populisten in ihrer Außenseiterrolle
- Populisten müssen inhaltlich gestellt, d.h. in ihrer Politikunfähigkeit entlarvt werden
- unaufgeregte Konfrontation + emotionale Ansprache
- eigene Themen in den Vordergrund stellen, statt über die „Stöckchen“ der Populisten zu springen

Strategien der Auseinandersetzung II: Entzug der Protestgründe / Problemlösungen

- sozialökonomischen Zusammenhalt der Gesellschaften auf nationaler und europäischer / internationaler Ebene stärken (vorsorgende Sozialpolitik)
- Problem der kulturellen Differenz und des Umgangs mit ihr nicht auf ein soziales Problem reduzieren / Bedürfnisse der Menschen nach Zugehörigkeit aufnehmen
- Verantwortlichkeit der europäischen Ebene für die kulturellen und sozialen Nebenfolgen des Marktgeschehens herstellen
- Öffnung der Parteien gegenüber den Bürgern / neue Kultur des Zuhörens und Aufeinanderzugehens

Danke für die Aufmerksamkeit!

